

## Wien: Zweiter christlich-islamischer "Round Table"

In Zusammenarbeit mit dem Außenministerium veranstaltete das Religionstheologische Institut der Hochschule St. Gabriel von Donnerstag, 21. Februar, bis Montag, 25. Februar, in Wien den 2. "Vienna International Christian-Islamic Round Table" (Internationalen Christlich-Islamischen Runden Tisch). Persönlichkeiten aus mehr als zehn Ländern Asiens, Afrikas und Europas nahmen teil. Außenministerin Benita Ferrero-Waldner nahm die Eröffnung vor. Besonderes Interesse galt der erwarteten hochkarätigen Delegation aus dem Iran.

Der "Runde Tisch" ist eine neue Initiative im Rahmen des im Jahre 1992 vom früheren Außenminister Alois Mock begonnenen christlich-islamischen Dialogprozesses, der nicht zuletzt durch die Veröffentlichung seiner Ergebnisse in Englisch (New Delhi), Arabisch (Libanon), Farsi (Teheran) und Urdu (Lahore) vielseitige internationale Beachtung und Anerkennung gefunden hat. Ziel der Veranstaltung ist es, die Möglichkeit der Bildung einer internationalen Arbeitsgruppe aus Christen und Muslimen zu sondieren, die bereit sind, sich Problem- und Konfliktfeldern im Zusammenleben der verschiedenen Völker, Kulturen und Religionsgemeinschaften zu widmen.

Verantwortlicher Leiter der Dialogkonferenz ist Prof. P. Andreas Bsteh vom Religionstheologischen Institut St. Gabriel. Christlichen und islamischen Theologen, Philosophen, Politikwissenschaftlern und Juristen aus verschiedenen Teilen der Welt geht es darum, neue Wege der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften zu finden. Bei der Abschlussveranstaltung zum ersten Runden Tisch im Oktober 2000 hatte Bsteh betont, es sei deutlich geworden, dass man die "Last der Geschichte" Schritt für

Schritt abbauen könne.

Als zentrale Sorge hatten die Wissenschaftler bereits damals - lange vor den Attentaten in New York und Washington am 11. September 2001 - die "steigende Zahl der Konflikte und Gewalttaten im Namen der Religion" erwähnt. Weiter wurde die ungerechte Verteilung der Ressourcen auf nationaler wie internationaler Ebene, die "religiösen Vorurteile, die zu Diskriminierung und Gewalt führen", die Krise der menschlichen Werte und das Versagen nationaler wie internationaler Institutionen bei der Sicherung der effektiven Religionsfreiheit beklagt.

Zugleich betonten die Wissenschaftler die Notwendigkeit des interreligiösen Dialogs und der Förderung des wechselseitigen Respekts. Ebenso müssten Wege zur "religiösen Versöhnung" und zur Konfliktlösung gefunden werden. Die Allgemeinbildung sollte durch moralische und ethische Werte aus den beiden religiösen Traditionen - Christentum und Islam - vertieft werden, um den Respekt vor der menschlichen Würde und dem "Reichtum und der Verschiedenheit der Religionen und Kulturen" zu stärken.

Unter den Teilnehmern des Runden Tisches waren die Wiener Sozialethikerin Ingeborg Gabriel, der deutsch-libanesische katholische Theologe Adel-Theodor Khoury, der libanesische orthodoxe Metropolit Georges Khodr, der iranische muslimische Theologe Modjtahed Schabestari und die saudiarabische Minoritätenforscherin Saleha S. Mahmood. Ausdrücklich ausgeklammert wurden politische Fragen, auch das Nahost-Problem.

Wien, 31.1.02 (KAP)

### Vatikan und Al-Azhar verurteilen religiösen Extremismus

Der Vatikan und die Kairoer Al-Azhar-Universität haben in einem gemeinsamen Kommuniqué den religiösen Extremismus verurteilt. Die Erklärung wurde nach einem Treffen des Präsidenten des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Kardinal Francis Arinze, mit dem Präsidenten des interreligiösen Dialog-Komitees der Al-Azhar, Scheich Fawzi Fadel Zafzaf, im Vatikan veröffentlicht. Die beiden Persönlichkeiten waren am zweiten Jahrestag des historischen Papst-Besuchs an der Kairoer Universität, dem 23. Februar, im Vatikan zusammengetroffen.

In dem Text heißt es unter anderem: "Extremismus muss, gleichgültig von welcher Seite er kommt, als unvereinbar mit den Lehren der beiden Religionen verurteilt werden". Weiter heißt es in der Erklärung, religiöse Extremisten beanspruchten für sich, dass nur sie im Recht seien und neigten daher dazu, die Rechte anderer zu verletzen. Dialog allein genüge nicht, um den Extremismus zu überwinden, vielmehr sei der Einsatz für die Familie, für Entwicklung und für Gerechtigkeit notwendig. Beide Seiten verpflichteten sich in der Erklärung, den Weg des Dialogs fortzusetzen und in der Öffentlichkeit für eine Zurückweisung des Extremismus einzutreten.

Vatikanstadt, 27.2.02 (KAP)